

# Wechselwahlkämpfe

Parteien im Spagat zwischen Stamm- und immer mehr Wechselwählern

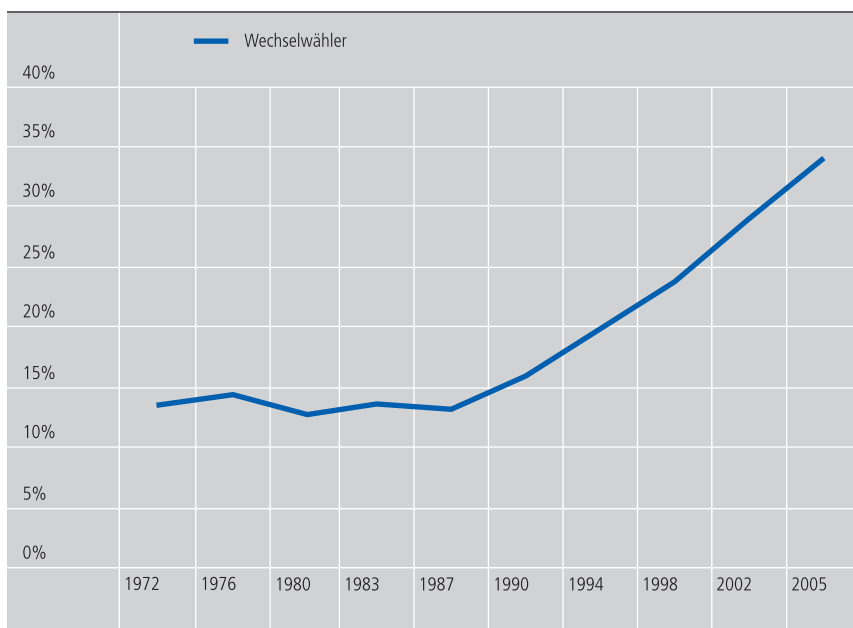
Der Anteil an Wechselwählern bei Bundestagswahlen ist kontinuierlich gestiegen. Auch das kurzfristige Wechseln der Parteipräferenzen in der Vorwahlzeit hat zugenommen. Ergebnisse aus WZB-Bundestagswahlstudien für 2002 und 2005 zeigen, dass bis zu 47 Prozent der Wähler ihre Präferenzen während des Wahlkampfes änderten. Abnehmende Stammwählerschaften und rasant gestiegene Wechselwähleranteile verlangen den Parteien mehr und mehr einen Spagat zwischen ihren Stammwählern und den flexiblen Wählern ab.

Die Bundestagswahl 2005 war aus mindestens zwei Gründen eine besondere Wahl: Nach 1972 und 1983 war sie die dritte vorgezogene Neuwahl und führte zum zweiten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik zu einer Großen Koalition. Weniger Aufmerksamkeit hat die Tatsache auf sich gezogen, dass der Anteil der Wechselwähler noch nie so hoch war wie bei dieser Wahl. Damit liegt die Bundestagswahl 2005 im Trend. Denn der hohe Wechselwähleranteil ist kein hervorstechendes Merkmal allein der Bundestagswahl 2005, sondern ein vorläufiger Höhepunkt einer Entwicklung, die seit Ende der 1980er Jahre zu beobachten ist. Ob die Zahl der Wechselwähler weiter steigen wird, ist schwer abzuschätzen. Aber ein Zurück zur Stabilität des Wahlverhaltens in den 1970er

und 1980er Jahren ist unwahrscheinlich. Wechselwähler sind zu einer Herausforderung für die politischen Parteien geworden und werden es bleiben; damit verändern sich die Grundlagen des politischen Wettbewerbs nachhaltig.

Die Art des Parteienwettbewerbs unterliegt schon längere Zeit einem Wandel. Die Professionalisierung von Wahlkämpfen mithilfe von PR-Experten und ihre „Entertaining“ haben auch in Deutschland Einzug gehalten. Den Massenmedien kommt eine immer größere Rolle für die Selbstdarstellung der politischen Akteure und für die Festlegung der politischen Tagesordnung zu; die Bedeutung des Internet als Selbstdarstellungsmedium und Forum für die Kommunikation zwischen Parteien und Wählern wächst rasant. Ob diese veränderten Strategien der Parteien Reaktion auf die Veränderung der Wählerstrukturen und des Wahlverhaltens sind oder ob sie selbst zu höherer Entscheidungsflexibilität bei den Wählern geführt haben, ist nicht eindeutig zu beantworten. Einerseits bedeuten veränderte Wahlkämpfe veränderte Informationen und neue Anreize für die Bürger, sich mit Politik auseinanderzusetzen. Moderne Wahlkämpfe beinhalten neue Formen der Mobilisierung der Bürger. Andererseits gibt es einen langfristigen sozialen Wandel, der zu einer Auflösung traditioneller Sozialmilieus und zu einer Erosion traditioneller Loyalitäten zu Mitgliederorganisationen generell und den Parteien im Speziellen geführt hat. Das höhere Ausmaß an Wählerinstabilität hat also auch eine strukturelle Grundlage.

Zur langfristigen Entwicklung des Wechselwahlverhaltens liegen unterschiedliche Befunde vor. Einigkeit herrscht aber darüber, dass der Anteil der Wechselwähler zwischen den 1960er Jahren und 1987 mit leichten Variationen nach unten und nach oben bei etwa 15 Prozent lag. Das bedeutete umgekehrt, dass etwa 85 Prozent der Wählerinnen und Wähler der Partei, die sie bei der vorangegangenen Bundestagswahl gewählt hatten, die Treue hielten. Für den Wahlkampf der politischen Parteien war dieser hohe Anteil relativ stabilen Wahlverhaltens ein Grundstock an Wählerstimmen, auf den sie bauen konnten. Dennoch galt auch schon in dieser Zeit, dass Wechselwähler entscheidend für den Erfolg einer Partei sein konnten. Bei den Bundestagswahlen 1961 bis 1983 lag der mittlere Stimmenabstand zwischen alternativen Re-



## Parteiwechsler bei den Bundestagswahlen 1972-2005

Anteil: Echter Wechsel zwischen Parteien von einer Bundestagswahl zur nächsten.

Angaben basieren auf der Erinnerung an das Wahlverhalten bei der vorangegangenen und dem berichteten Wahlverhalten der jeweils aktuellen Wahl in repräsentativen Wahlumfragen. 1994 keine Informationen.

Quelle: verschiedene Quellen, u.a. Weißels, S. 398.

gierungscoalitionen bei nur knapp 6 Prozentpunkten, wobei 1961 und 1983 jeweils ein Hoch von etwa 10 Prozentpunkten Abstand zu verzeichnen war.

Wahlkampfstrategisch bedeutet eine Wiederwahlquote von etwa 85 Prozent, dass besondere Anstrengungen in der Wahlwerbung nur für einen kleinen Teil der Wählerschaft unternommen werden mussten. Ansonsten konnten sich die Parteien auf ihre Traditionswähler konzentrieren. Die schnell wachsenden Anteile an Wechselwählern, mit denen sie seit 1987 konfrontiert sind, verschiebt dieses Verhältnis maßgeblich. Seit der Bundestagswahl 1987 ist der Anteil der echten Parteiwechsler kontinuierlich gewachsen und hat 2005 mit einem Anteil von etwa 34 Prozent seinen vorläufigen Höchststand erreicht. Der Wechselwähleranteil lag 2005 in den neuen Bundesländern bei 39, in den alten Bundesländern bei 33 Prozent. 2002 war der Anteil echter Parteiwechsler in den neuen Bundesländern noch knapp 3 Prozentpunkte niedriger als in den alten Bundesländern.

Werden nicht nur die echten Parteiwechsler betrachtet, sondern auch diejenigen, die aus dem Nichtwählerlager zu einer Partei gewechselt sind oder umgekehrt, liegt der Anteil derjenigen, die ihre Präferenz verändert haben, 2005 sogar bei 47 Prozent.

Für die politischen Parteien bedeutet der gut verdoppelte Anteil an Wechselwählern eine besondere Herausforderung. Die Abstände zwischen alternativen Regierungskonstellationen sind im Vergleich zu früheren Zeiten nicht größer, sondern eher kleiner geworden. Darauf verweisen knappe Abstände wie zum Beispiel 2002, als die Stimmendifferenz zwischen bestätigter Regierungskoalition aus SPD und Grünen und der alternativen Koalition aus CDU/CSU und FDP lediglich 1,2 Prozentpunkte betrug, oder auch die Bundestagswahl 2005. Damals fehlten der angestrebten Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP nur drei Prozentpunkte für eine Mehrheit; es kam zur Großen Koalition. Der Anteil flexibler Wähler, die die Partei wechseln, ist im Verhältnis zu den Margen, die nötig sind, um die Regierungsmehrheit zu erlangen, extrem angewachsen, der Wettbewerb um diese Wählerstimmen wird immer wichtiger.

Bei so hohen Anteilen ist es längst nicht mehr nur die Frage nach den Stimmenanteilen, die den Ausschlag für das Erreichen der Mehrheit geben, sondern es geht um Quantitäten, die das gewohnte Größengefüge des deutschen Parteiensystems blitzschnell verändern können, wenn eine Partei durch das Wechselwahlverhalten massiv an Stimmen verliert.

Inzwischen ist der Wechselwähleranteil so groß, dass die Parteien in einem Spagat zwischen kleiner werdenden, aber noch nicht bedeutungslosen Stammwählerschaften und wachsenden Anteilen von Wechselwählern ihre Wahlkämpfe gestalten müssen.

Parteiwechsler zwischen den Wahlen machen aber bei weitem noch nicht alle Wechselbewegungen der Wähler aus. Für die Parteien besonders schwierig dürfte sein, dass es zwischen der Vorwahlzeit und dem Wahltag einen beträchtlichen Anteil an Wählern gibt, die sich kurzfristig umorientieren. Zwar kann dies auch als ein gutes Zeichen für die Sinnhaftigkeit von Wahlkämpfen und damit für die Mobilisierungsanstrengungen der Parteien angesehen werden. Wahlkämpfe wirken offensichtlich auf die Wähler und bringen sie in Bewegung. Aber den Parteien dürften neben Stammwählern wohl Re-Mobilisierungserfolge am liebsten sein, mit denen sie die Wähler doch wieder für sich gewinnen, die in der Vorwahlzeit unentschieden sind oder beabsichtigen, einer anderen Partei ihre Stimme zu geben als der bei den vorangegangenen Wahlen.

Das WZB hat zu den Bundestagswahlen 2002 und 2005 jeweils Wahlstudien mit repräsentativen Wählerumfragen vorgelegt. Dabei wurden die Befragten vor der Wahl nach ihrer Wahlabsicht und nach der Wahl nach der tatsächlich abgegebenen Stimme gefragt. Weiterhin sollten die Befragten über ihr Wahlverhalten bei der jeweils vorangegangenen Bundestagswahl Auskunft geben. Damit lässt sich nachzeichnen, welche Bedeutung Re-Mobilisierung und Wechselwahl in der Wahlkampfzeit hatten. Es zeigt sich, dass der Anteil der Wähler, die sich re-mobilisieren lassen, mit etwa 6 Prozent (2002) bzw. 9 Prozent (2005) zwar nicht unbeträchtlich ist, sich aber im Vergleich zu denjenigen, die keine konstanten Parteipräferenzen haben, relativ gering ausnimmt.

2002 wiesen 43 Prozent, 2005 dann 51 Prozent der Wähler keine kontinuierlich konstanten Präferenzen zu der Partei auf, die sie bei der vorangegangenen Wahl gewählt hatten. Ohne die Re-Mobilisierten, die ja auch kurzfristig ihre Präferenz zwischen Vorwahlzeit und Wahltag änderten, aber zu ihrer vormals gewählten Partei zurückkehrten, wechselten zwischen Vorwahlzeit und Wahltag 2002 etwa 16 Prozent noch die Parteipräferenz, bei der Bundestagswahl 2005 waren es sogar 24 Prozent. Diese hohen Anteile von Kurzfristwechslern machen nicht nur den Instituten, die Wahlprognosen erstellen, Schwierigkeiten. Für Parteien und Politiker bedeutet es, dass sie sich in ihren Wahlkämpfen strategisch darauf einrichten müssen, dass sie es



Bernhard Weßels, geboren 1955 in Berlin, studierte Soziologie, Volkswirtschaftslehre, Statistik und Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin. Er wurde dort auch promoviert und lehrt dort als Privatdozent. Von 1982–1989 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der FU Berlin, seit 1989 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am WZB. Seit 1998 ist Weßels Mitglied des Planning Comitee der Comparative Study of Electoral Systems (CSES) Außerdem ist er Mitglied des Präsidiums der Deutschen Gesellschaft für Wahlforschung.

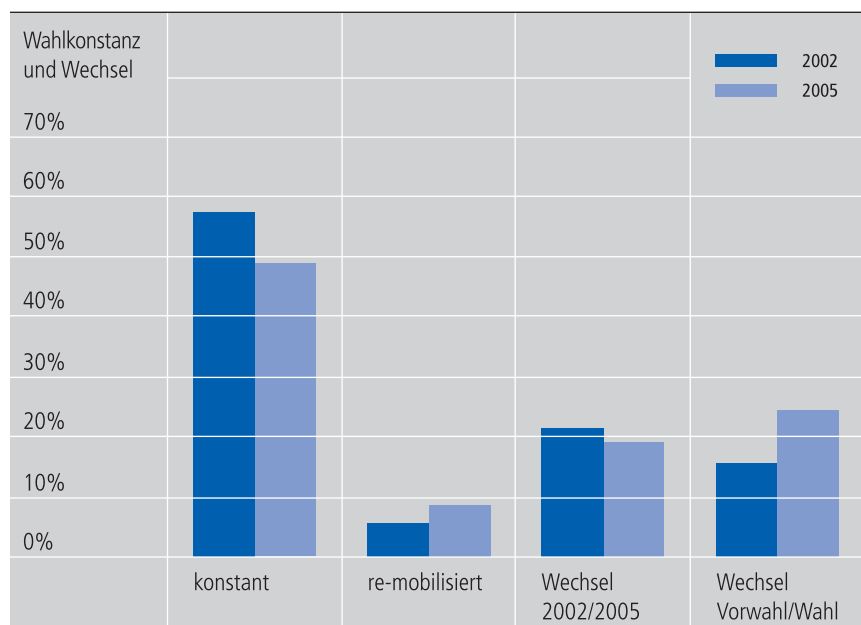
[Foto: David Ausserhofer]

wessels@wzb.eu

Summary

### Floating Voters

The number of floating voters reached an all-time high in the German federal parliamentary elections of 2005. From 1987 on, the proportion has grown steadily from 15 to 34 percent of the total vote. WZB election studies on the Bundestag elections of 2002 and 2005 also show that 40 to 50 percent of the voters change their preferences in the course of the election campaign. Political parties are facing the dilemma of having to campaign for both the still considerable number of stable voters and the increasing number of floating voters.



Kurzfristiges Wechselwahlverhalten 2002 und 2005

Anzahl der Befragten 2002: 1.777; 2005: 1.802

Quelle: Bundestagswahlstudien des WZB;

Datendownload: unter <http://www.wzb.eu/zkd/dsl/download.de.htm>

mit fast einem Viertel der Wählerschaft zu tun haben, das sich im Wahlkampf für die eine oder andere Partei gewinnen lässt.

Für die wahlkampfstrategische Ausrichtung der Parteien ist die Antwort auf die Frage nach den Ursachen für wechselndes Wahlverhalten von vitalem Interesse. Sind es klar abgrenzbare Bevölkerungsgruppen, können die Parteien ihnen im Wahlkampf besondere Angebote unterbreiten und versuchen, sie für sich zu gewinnen. Derzeit sind politische Erdbeben in Deutschland noch selten, immer noch entscheiden relativ kleine Unterschiede im Stimmenanteil, wer die Regierungsmacht gewinnen kann. Wechselwähler für sich zu gewinnen wird damit zu einer zentralen Voraussetzung für den Einzug in das Kanzleramt. Aber die Größenordnung des Wechselwähleranteils macht deutlich, dass es potenziell für die Parteien um mehr gehen kann als das Verfehlen der Mehrheit: nämlich um Verschiebungen der Größenordnungen im Parteiensystem insgesamt.

Nicht nur vor diesem Hintergrund, sondern auch aus demokratietheoretischer Perspektive ist die Frage danach, wer die Wechselwähler sind, von Interesse, weil sich hieraus indirekt ableiten lässt, ob das Wechselwählen eine fruchtbare Bereicherung der Demokratie ist. In der politikwissenschaftlichen Debatte wird davon ausgegangen, dass rational begründetes Verhalten positiv für den demo-

kratischen Prozess ist, also zum Beispiel ein Parteiwechsel, der sich aus der abwägenden Beurteilung der Angebote der politischen Parteien ergibt. Solche rationalen Abwägungen verstärken den politischen Wettbewerb und geben den Parteien Anhaltspunkte, wie auf Wählerwünsche zu reagieren ist.

Auch wenn den Parteien größere stabile Wählerbasen vermutlich lieber wären als die hohen Anteile an Wechselwählern, lässt sich zumindest feststellen, dass Wechselwahl nicht grundlos geschieht. So müssen Parteien überproportional unter denjenigen mit Abwanderung rechnen, die die Leistung der Partei, die sie bei der vorangegangenen Wahl gewählt hatten, schlechter beurteilen als der Durchschnitt. Auch eine als negativ wahrgenommene Regierungsleistung ist ein Grund für Wechselwahlverhalten. Wird die Leistung der Regierung unterdurchschnittlich bewertet, ist der Anteil der Abwanderer besonders groß.

Wechselwahl hat also einen rationalen Kern. Die wahrgenommene Leistung der politischen Akteure ist dabei eine zentrale Größe. Dazu passt das Ergebnis, dass Wechselwähler deutlich häufiger unter besser Gebildeten vertreten sind als unter weniger gut gebildeten Bürgern. Darüber hinaus ist eine höhere Flexibilität des Wahlverhaltens bei den unter 30-Jährigen und denjenigen ohne Organisationsbindung (etwa an Gewerkschaften) zu verzeichnen. Zusammen mit dem Befund, dass die Jüngeren den Organisationen fernbleiben, ist das ein Hinweis auf Individualisierungsprozesse und die Erosion traditioneller Milieus.

Der soziale Wandel wird weiter dazu beitragen, dass traditionelle Sozialmilieus verschwinden, formale Mitgliedschaften in Organisationen wie Gewerkschaften oder Parteien eher zurückgehen als steigen und dass der durchschnittliche Bildungsgrad der Bevölkerung wächst. Es spricht also wenig für einen Rückgang der seit 1987 stark gestiegenen Anteile an Wechselwählern. Für die politischen Parteien scheint es daher angehten zu sein, sich darauf einzustellen, Wahlkämpfe auch darauf auszurichten, den flexiblen Wählerinnen und Wählern politische Angebote zu unterbreiten und diese mit einem Höchstmaß an Leistungsqualität zu fundieren.

Bernhard Weßels  
Abteilung „Demokratie: Strukturen, Leistungsprofil und Herausforderungen“

Weiterführende Literatur:

Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, 515 S.

Bernhard Weßels, „Re-Mobilisierung – ‚Floating‘ oder Abwanderung? Wechselwähler 2002 und 2005 im Vergleich“, in: Frank Brettschneider, Oskar Niedermayer, Bernhard Weßels (Hg.), Die Bundestagswahl 2005. Analysen des Wahlkampfes und der Wahlergebnisse, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 395–417

Bundestagswahlstudien des WZB: Datendownload unter <http://www.wzb.eu/zkd/dsl/download.de.htm>